

Verkaufsschlager »Zero Tolerance«

Warum aus dem Wunder von New York kein Wunder von Berlin oder Hamburg wird, beschreibt Heinz Cornel

»Selbstverständlich kann in dieser Debatte auch über den Tellerand geschaut werden. Aber es gibt keinen Grund, Vereinfachern kritiklos zuzujubeln.«

Mit großem Getöse und Vermarktungserfolg verkauft Herr Bratton sich und seine Firma mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß er für zwei Jahre in New York als Polizeichef tätig war und daß in dieser Zeit von der Polizei weniger Kriminalität registriert wurde. Medien, Politiker und (mit meist deutlich weniger Enthusiasmus) ein Teil der fachlich mit dem komplexen Thema vertrauten Personen schenkten den Botschaften Brattons in den letzten Monaten größte Aufmerksamkeit.

Ginge man davon aus, daß die Leistungen des Herrn Bratton und seine Organisationsreform für die schnellen Übernahmeideen ursächlich wären, müßte man erstaunt sein, da wenig gesichertes über die kriminalpräventiven Folgen seines Tuns bekannt ist. Es ist aber wohl vielmehr so, daß hier eine Koalition zum gegenseitigen (nicht aber unbedingt allgemeinen gesellschaftlichen) Nutzen eingegangen wird: Bratton erzählt das, was viele schon lange hören wollen, und bekommt dafür Publicity und nicht zuletzt sehr dicke Honorare.

Erstaunlich ist weniger diese interessengeleitete Vorgehensweise, als vielmehr auf welch niedrigem Niveau jenseits aller empirischen Erkenntnisse, aller Ethik und Verhältnismäßigkeit und oft auch jeglicher Kenntnisse oder Akzeptanz unserer Verfassung und unseres Rechtssystems argumentiert wird.

Ich will das kurz anhand von 10 Punkten belegen, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob Brattons Konzept ursächlich für ein wirkliches Sinken der Zahl der Straftaten in New York ist, ob es übertragbar ist und ob das wünschenswert wäre.

1. Die Kriminalitätsraten in New York sanken nicht etwa erst nach der Einstellung Brattons im Januar 1994, sondern bereits seit 1990. Sie sanken zudem auch in vielen anderen Städten der USA, wie z.B. Chicago, Los Angeles, Houston und San Francisco, sowie in der BRD und der Schweiz (vgl. Eisner, in: NK 3/96, S. 38ff.)
2. Bratton legte keinerlei Begleitforschung vor und gibt Kausalbeziehungen als Fakten aus, über die er bestenfalls spekuliert. Wer die kriminologische Behandlungsforschung der letzten 30 Jahre in Deutschland kennt, in

der über jede mögliche Scheinkorrelation und jeden Nebeneffekt gestritten wurde, kann sich angesichts von so viel Kritiklosigkeit nur verwundert die Augen reiben.

3. Es gibt viele andere mögliche Ursachen einer rückläufigen Kriminalitätsentwicklung in New York, wie z.B. der Rückgang des Anteils junger Männer, die erfahrungsgemäß die höchsten Kriminalitätsbelastungen aufweisen, an der Gesamtbevölkerung, den wirtschaftlichen Aufschwung mit einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit, die Stadterneuerungspolitik oder auch die schlichte Tatsache, daß der Kampf unterschiedlicher Drogendealerbanden sich Anfang der 90er Jahre beruhigte, als die Reviere aufgeteilt waren.
4. Das gesamte Konzept Brattons ist nur möglich vor dem Hintergrund einer Strafpolitik, die immer mehr Menschen inhaftiert – inzwischen etwa 1,7 Millionen Menschen in den USA. Wer Bratton folgt und auch Bagatelldelikt sofort und lange inhaftieren will, macht diese Menschen allein zu Objekten seiner Repressionspolitik und darf sich vielleicht nicht wundern, wenn auch in Deutschland der Strafvollzug teurer als der Bildungssektor wird (so inzwischen in Kalifornien).
5. Die Polizeireform ging einher mit einem Anstieg der Anzahl der polizeilichen Übergriffe, der prozentual wesentlich höher war als das Sinken der Kriminalitätsziffern. Inzwischen hat ein Teil der Presse über zahlreiche Tötungen und Folterungen berichtet (Tagesspiegel vom 29.8.97, S. 10 und Zeit vom 19.9.97, S. 3). Bratton kommentiert das zynisch damit, darüber würden sich nur Minderheiten und Menschenrechtsorganisationen beschweren – ein Argumentationsniveau, das kaum noch von den übelsten Diktaturen unterboten wird. Brattons Nachfolger Safir prüft nun, ob angesichts von durchschnittlich 2.800 Gerichtsverfahren wegen Mißbrauchs von Polizeigewalt und doppelt soviel Beschwerden in New York pro Jahr (bei etwa 38.000 Polizisten), Polizisten nach drei einschlägigen Beschwerden aus dem Streifendienst entfernt werden sollen. Offensichtlich lautet der Preis der Effektivität, daß man zumindest zwei Schläge frei hat.

6. Einen besonderen Eindruck hinsichtlich der Konsequenz und Stärke (zero tolerance) macht die Tatsache, daß es seit Bratton in New York keine Gegenden mehr gebe, in die sich die Polizei nicht hineintraue. Das erscheint nun wirklich als ein Mehr an staatlichem Schutz und ein Minimum an Durchsetzung des Gewaltmonopols. Bevor sich die Begeisterung hinsichtlich der Vorbildrolle überschlägt, sollte man allerdings realisieren, daß es nach dem Eingeständnis aller Polizeifachleute und auch der Innenminister und -senatoren solche Gegenden in deutschen Städten nie gegeben habe und nicht gibt.
7. Für das grundsätzliche Verhaften von Schwarzfahrern gibt es in Deutschland keinerlei Rechtsgrundlage und würde auch in dem bei weitem überwiegenden Teil aller denkbaren Fälle dem verfassungsmäßigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit widersprechen.
8. Der Bezug auf die broken-windows-Theorie von Wilson und Kelling vom Beginn der 80er Jahre ist äußerst fragwürdig und eher assoziativ. Auch New Yorks Polizei repariert keine Fensterscheiben und hat auf das Klima in den Stadtteilen nur begrenzten Einfluß. Selbstverständlich aber ist sie aufgefordert und willkommen, bei stadtteilbezogener Gemeinwesenarbeit und Kriminalprävention mitzuwirken. Sie tut das in einigen deutschen Kommunen schon länger, als von Wilson, Kelling und Bratton die Rede ist.
9. Es bleibt das Geheimnis der journalistischen Betrachter, warum im New Yorker Centralpark die Menschen bei einer auch noch heute um ein vielfaches höheren Tötungsrate als beispielsweise in Hamburg, Frankfurt und Berlin entspannt lustwandeln, nur weil das Risiko erschlagen, erstochen oder erschossen zu werden vor zwei Jahren um 30 oder 40 Prozent höher war, während die deutschen Bürger sich immer mehr von Gewaltkriminalität bedroht sehen. Sofern das wirklich so ist, die Kriminalitätsfurcht also eine hohe Diskrepanz zum Gefährdungsrisiko aufweist, ist das eher Produkt der Berichterstattung als der polizeilichen Präsenz und Aufklärung.
10. So wenig wie man von soziallätzigem Verhalten auf spätere Kriminalität oder gar Gewalttaten schließen kann, so wenig plausibel ist es, daß eine Strategie, die zur Reduzierung einer um ein vielfaches höheren Mordrate um ein Drittel führte, zum einen dort weiterhin zu Senkungen führt und zum anderen auf Deutschland übertragbar wäre. In Deutschland finden die meisten Tötungsdelikte eben nicht auf der Straße statt, sondern sind Ergebnis sich lange entwickelnder Beziehungskrisen und Lebenskatastrophen.

Das alles bedeutet natürlich nicht, daß es sich nicht lohnte, darüber nachzudenken und Erfahrungen auszutauschen, inwieweit eine veränderte Polizeiarbeitsweise und -organisation wichtige Beiträge zur Erhöhung des Rechtsfriedens, des Schutzes der Bürger und des rechtsstaatlichen Umgangs mit Straftätern beziehungsweise Störern leisten kann. Und selbstverständlich kann in dieser Debatte auch über den Tellerrand geschaut werden und Bratton über seine zweijährigen Erfahrungen in New York berichten. Aber es gibt keinen Grund, deshalb Menschenrechte zu relativieren und Vereinfachern kritiklos zuzubeln.

Prof. Dr. Heinz Cornel ist Professor für Jugendrecht, Strafrecht und Kriminologie an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin und Mitherausgeber dieser Zeitschrift

Verena Wodtke-Werner (Hrsg.)

Alles nochmal durchleben

Das Recht und die (sexuelle) Gewalt gegen Kinder

Kinder, die mißhandelt wurden oder sexueller Gewalt ausgesetzt waren, leiden durch das Ermittlungsverfahren und vor Gericht häufig erneut. Nicht nur durch die Unkenntnis im Umgang mit kindlichen Zeugen, sondern oft auch durch die Kooperationsunfähigkeit der damit befaßten Fachgruppen werden Kinder wiederum zu Opfern.

Das Buch bietet Grundlagenwissen zu Mißbrauch und Mißhandlung, thematisiert die Ursachen dieser Delikte und befaßt sich mit den unterschiedlichen psychischen Folgen von sexueller Gewalt gegen Kinder. Den Schwerpunkt bilden Informationen über effektiven Opferschutz kindlicher Zeugen im polizeilichen Ermittlungsverfahren sowie in der Vorbereitung auf das Strafverfahren und im Strafprozeß selbst. Aus der Dokumentation der tatsächlichen Prozesse wird besonders deutlich, was sich verändern muß: verstärkte Kooperation der Fachkreise, Ausbildung und Weiterbildung über den Umgang mit kindlichen Zeugen bei Polizei und Justiz, der Abbau typischer sexistischer Rollenvorstellungen und die laufende kritische Beobachtung der Gesetzesgrundlagen.

Für Fachleute aus Beratungsstellen, Jugendämtern, Polizei, Justiz und Kinderheilkunde werden in verständlicher Form wichtige Informationen zum Ermittlungs- und Strafverfahren bei sexueller Gewalt gegen Kinder gegeben.

1997, 137 S., brosch., 36,- DM, 263,- öS, 33,50 sFr,
ISBN 3-7890-4659-0



NOMOS Verlagsgesellschaft
76520 Baden-Baden